

<b>Städtische Deputation für Kultur</b>			
19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015-2019			
<b>Protokoll der Sitzung am 16.05.2017</b>			
Sitzungstag: Dienstag	Sitzungsbeginn: 14:47 Uhr	Sitzungsende: 17:15 Uhr	Sitzungsort: Konsul-Hackfeld-Haus, Großer Saal, Bremen

Teilnehmer/innen siehe anliegende Anwesenheitsliste.

### **Tagesordnung:**

TOP 1:	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2:	Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung	
TOP 3:	Verselbständigung des Zentrums für Künstlerpublikationen	Vorlage 72
TOP 4:	Bericht über beispielgebende Projekte im Bereich des Ehrenamtes	Vorlage 73
TOP 5:	Konzept zur Förderung der zeitgenössischen Kunst	Vorlage 74
TOP 6:	Kostenfreier Eintritt in Bremer Museen und Erwerb von Familienkarten	Vorlage 75
TOP 7:	Sachstandsbericht Zuckerwerk	Vorlage 76
TOP 8:	Arisierungsmahnmal	Vorlage 77
TOP 9:	Kulturbeutel e.V. (mündlicher Bericht)	
TOP 10:	Verschiedenes a) Aktuelles aus der Kulturszene	

Die Vorsitzende der städtischen Deputation für Kultur, Frau Strunge, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

#### **TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

Die Deputation für Kultur stimmt der Tagesordnung zu.

#### **TOP 2: Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung**

Die Deputation nimmt das Protokoll der Sitzung vom 14.03.2017 zur Kenntnis.

#### **TOP 3: Verselbständigung des Studienzentrums für Künstlerpublikationen**

Herr Dr. Mackeben führt in die Vorlage ein und erläutert, dass der Stiftungsrat der Weserburg sich dem Thema am 11. Juni in Form eines runden Tisches widmen werde und dies der Auftakt zu einer intensiven Bearbeitung des Prozesses durch den Stiftungsrat sei. Er gehe davon aus, dass das Gremium keinen Abstand von der geplanten Verselbständigung des Studienzentrums nehme. Wesentlich sei dabei das Ziel der Stärkung des Studienzentrums. Wenn dies neben der geplanten Treuhandstiftung auf anderem Wegen ebenso erreichbar sei, werde dies selbstverständlich geprüft

Auf Bitten von Frau Strunge führt Frau Dr. Thurmann-Jajes, Leiterin des Studienzentrums für Künstlerpublikationen aus, dass das Zentrum rund 60 Archive mit etwa 1000 laufenden Metern Material umfasse. Fachlich bewege man sich auf Augenhöhe mit dem MoMa und dem Getty-Archiv und bilde somit ein Alleinstellungsmerkmal für Bremen. Die Bestände seien erschlossen, nun werde daran gearbeitet, diese international und online noch besser zugänglich zu machen. Sie begrüße ausdrücklich die Bemühungen von Stiftungsrat und Kulturbehörde. Die Verselbstständigung des Studienzentrums durch die Schaffung einer Treuhandstiftung würde die Arbeit erleichtern und sei daher der richtige Weg.

Frau Dr. Kappert-Gonther betont, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen die Verselbstständigung des Studienzentrums befürwortete, da dies die Akquise von Drittmitteln erleichtere und die Einrichtung zudem besser sichtbar mache. Sie erkundigt sich nach dem Stand einer internationalen Abfrage nach Künstlerbüchern.

Frau Dr. Thurmann-Jajes antwortet, dass ein Forschungsprojekt und eine Ausstellung zu Künstlerbüchern geplant seien. Eine internationale Abfrage bei Künstlerinnen und Künstlern hätte rund 400 Einsendungen nach sich gezogen. Dies sei eine unglaublich ergiebige Forschungsgrundlage.

Herr Rohmeyer dankt Frau Dr. Thurmann-Jajes für die geleistete Arbeit. Er begrüßt die geplante Verselbstständigung, die unabhängig von der weiteren Zukunft der Weserburg einen Geburtsfehler des Museums behebe.

Frau Strunge betont, dass die Verselbstständigung vorangetrieben werden sollte. Sie habe aber den Eindruck, dass seit dem letzten Bericht in der städtischen Deputation für Kultur am 7. Februar 2017 nicht viel passiert sei. Sie fragt nach den Gründen und ob eine schnelle Verselbstständigung als Treuhandstiftung sinnvoll sei. Zudem erkundigt sich Frau Strunge nach dem Stand der Erarbeitung des Treuhandvertrags sowie nach einem verbindlichen Zeitplan.

Staatsrätin Emigholz erwidert mit Blick auf die Perspektiven der Weserburg, dass niemand sich der Mühe von Kontraktverhandlungen und Direktorensuche unterziehen würde, wenn dieses Museum in Frage gestellt sei. Allerdings sei das Museum eine privatrechtliche Stiftung mit anderen Steuerungsgremien als bei öffentlich-rechtlichen Einrichtungen. Die Termingestaltung und die Gremiensteuerung lägen auf Grund der privatrechtlichen Rechtsträgerstruktur nicht bei der Kulturbehörde; eine verbindliche Zeit-Maßnahmen-Planung sei daher nicht so einfach möglich wie bei anderen Einrichtungen.

Staatsrätin Emigholz begrüßt darüber hinaus den neuen kaufmännischen Geschäftsführer, Herrn Dr. Tom Schößler, und betont den hohen Stellenwert des Studienzentrums. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass die Akquise von Drittmitteln sich ohne die angestrebte Autonomie schwierig darstelle. In dieser Frage befänden sich aber alle Verantwortlichen auf dem gleichen Pfad.

Dr. Mackeben ergänzt mit Bezug auf den zeitlichen Ablauf, dass die vertraglichen Aspekte im Wesentlichen geklärt seien. Sobald der Stiftungsrat der Weserburg entschieden habe, könne aus seiner Sicht umgesetzt werden. Das Gremium sei derzeit aber intensiv mit der Suche nach einem neuen Direktor für das Museum beschäftigt; diese Person soll bis Anfang 2018 gefunden sein und ihr in der Folge Gelegenheit gegeben werden, zum Studienzentrum eine Position zu entwickeln. Dies sei schon ein Gebot der Fairness.

Dr. Klaus Sondergeld, Vorsitzender des Stiftungsrats der Weserburg, erläutert, dass es eine Reihe personeller Veränderungen im Gremium gegeben habe. Erstmals im Dezember 2016 habe der neu formierte Stiftungsrat über die Zukunft des Studienzentrums diskutiert und im Anschluss viele Zuschriften zum Thema erhalten. Die neuen Mitglieder müssten sich erst entsprechend einarbeiten. Das Ziel sei es, ein Ergebnis im breiten Konsens zu erreichen. Daher sei im Juni 2017 ein runder Tisch geplant, von dessen Ergebnissen die weitere Meinungsbildung im Stiftungsrat abhänge. Ein erster Termin für diesen runden

Tisch im März hätte leider verschoben werden müssen. Er rechne nun mit einer Lösung bis zum Herbst 2017.

Herr Gottschalk lobt die Entwicklung des Studienzentrums trotz eines schwierigen Wegs. Es sei unangemessen zu behaupten, dass hier nichts passiert sei. Er habe hier großes Vertrauen in die weitere Bearbeitung. Die Berichtsbitte für die heutige Sitzung sei vor dem Hintergrund der Erörterung in der Februar-Sitzung der Kulturdeputation überflüssig. Gern wolle er die Ergebnisse des runden Tisches weiter erörtern, allerdings sei die Kulturdeputation nicht vorgeseztes Organ des Stiftungsrats.

Frau Dr. Kappert-Gonther erklärt, dass von der heutigen Deputationssitzung zwei Signale ausgingen: Eine hohe Anerkennung für die Arbeit des Studienzentrums und die Befürwortung der Verselbständigung. Beides seien gute Signale.

Frau Strunge sagt, dass ein kurzer Bericht zu den Ergebnissen des runden Tisches wünschenswert sei.

Die Deputation für Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

#### **TOP 4: Bericht zu den beispielgebenden Projekten im Bereich des Ehrenamts**

Herr Bolayela begrüßt ausdrücklich das starke ehrenamtliche Engagement und fragt nach Beispielen aus Bremen-Nord.

Frau Herbrig antwortet, dass die Vorlage das Ergebnis einer umfangreichen Abfrage bei den bremischen Kultureinrichtungen sei und dass Lücken auf fehlende Rückmeldungen zurückzuführen seien.

Frau Strunge freut sich über den Bericht und weist auf Aktivitäten hin, die nicht originäre bei der Kulturbehörde angesiedelt sind.

Staatsrätin Emigholz bittet ggf. um Nachricht an die Behörde, um entsprechende Projekte aufnehmen zu können.

Die Deputation für Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

#### **TOP 5: Konzept zur Förderung zeitgenössischer Kunst**

Herr Rohmeyer dankt für die umfangreiche Konzeption und drückt den Verfasser/innen seinen Dank aus, da die vorgelegte Konzeption deutlich über eine normale Vorlage hinausgehe. Die vorgelegte Bestandsaufnahme umfasse die bekannten Akteure. Nun müsse die Frage beantwortet werden, wie man noch unbekannte Künstlerinnen und Künstler, etwa Absolventen der Hochschule für Künste (HfK), erreichen und in der Stadt halten könne. Darüber sei die Debatte noch zu führen. Seiner Meinung nach fehle die bauliche wie inhaltliche und personelle Entwicklung der Weserburg..

Es könnten, so Herr Rohmeyer weiter, die Entwicklungsperspektiven vertieft und erweitert werden. Die Schlussfolgerung des gesellschaftspolitischen Teils des Papiers müsse sein, diejenigen zu erreichen, die sich außerhalb des Förderradius der Kulturverwaltung bewegen. Hier nennt Herr Rohmeyer vor allem Produzentengalerien.

Staatsrätin Emigholz erläutert, dass das Kulturressort für genau die von Herrn Rohmeyer angesprochenen Akteure den Bremer Verband Bildender Künstler (BBK) und die GEDOK fördere. Die jetzt vorgelegte Konzeption diene als Grundlage für eine weitere Vertiefung. Die Erfahrung habe zudem gezeigt, dass inhaltliche Setzungen durchaus zu Irritationen führen könnten. Ganz bewusst seien daher im letzten Teil des Papiers Themen noch offen, die jetzt mit den Akteuren zu erörtern seien. Dazu sei ein Spartengespräch geplant, zu dem selbstverständlich auch die Deputierten bei Interesse herzlich eingeladen seien. Die

Ergebnisse sollen in der Folge auch in einen für Mitte 2018 geplanten Kulturförderbericht einfließen. Mit Blick auf die Weserburg merkt Staatsrätin Emigholz an, dass die jetzt vorgelegte Konzeption der dortigen Entwicklung und der Positionierung unter der neuen Leitung ab 2018 nicht vorgreifen könne.

Frau Pfister ergänzt, dass die Leitlinien der Förderung in den letzten Jahren gemeinsam mit der Freien Szene entwickelt worden seien. Die junge Kunstszene habe man dabei stets im Blick gehabt, als Beispiel seien die Entwicklung des Güterbahnhofs sowie verschiedene Projekte in der Städtischen Galerie, der GAK und im Künstlerhaus Am Deich zu nennen. Dort seien explizit Formate zur Einbeziehung junger Künstlerinnen und Künstler entwickelt und dabei relevante gesellschaftspolitische Fragestellungen aufgegriffen worden. Immer wieder würden die genannten Akteure mit jungen Künstlern in Kontakt treten und Kooperationsmöglichkeiten ausloten.

Die Vorlage enthalte zudem die Produzentengalerien, die sich in den vergangenen zehn bis zwanzig Jahren als Eckpfeiler der jungen Kunstszene in Bremen entwickelt hätten, zu nennen sei hier exemplarisch die GadeWe. Hier gebe es einen ständigen Wandlungsprozess. Diesen Prozess im Diskurs zu begleiten sei Aufgabe des Ressorts.

Herr Gottschalk dankt dem Ressort für die ausführliche Vorlage. Die Konzeption bilde die Grundlage für den von Frau Pfister angesprochenen Diskurs, in den sich auch die Deputation einbringen solle.

Frau Dr. Kappert-Gonther lobt ebenfalls die Vorlage und erklärt, dass die zeitgenössische Kunst in Bremen noch mehr an Bedeutung gewinnen und die Stadt zu einem Zentrum im Norden werden könne. Allerdings werde in Bremen verhältnismäßig wenig Kunst gekauft. Sie fragt nach möglichen Perspektiven für den vor einigen Jahren gestrichenen Ankaufsetat. Ein solcher sei zu begrüßen. Zudem erkundigt sich Frau Dr. Kappert-Gonther nach dem Sachstand zum Thema Kunst am Bau sowie nach der Verstetigung von Vermittlungsarbeit.

Frau Strunge erkundigt sich ebenfalls nach den Themen Kunst am Bau und Kunst im öffentlichen Raum. Zudem möchte sie wissen, welche Überlegungen es seitens der Kulturbehörde gebe, das Thema Kunst im öffentlichen Raum nach dem Aus für die Stiftung Wohnliche Stadt zu stärken. Hier habe sie Unmut im Landesbeirat „Kunst im öffentlichen Raum“ wahrgenommen. Sie fragt zudem nach dem Status der eigenen Sammlung der Weserburg.

Herr Pouplier (Kulturrat) lobt die Konzeption ausdrücklich und spricht das Thema Diversität an: Die als Geflüchtete nach Bremen gekommenen Künstlerinnen und Künstler müssten verstärkt eingebunden werden, auch als Kurator/innen. Darüber hinaus verweist Herr Pouplier auf die sog. freien Freien: Auch für deren Anliegen bedürfe es Förderinstrumente.

Herr Drechsel erklärt, dass er die Vorlage begrüße. Gerade in der heutigen Zeit sei die freie Entfaltung von Kunst und Kultur wichtig. Hier zeige das Kapitel zu den Entwicklungsperspektiven einen guten Pfad auf. Neben dem Aufgreifen gesellschaftspolitischer Fragestellungen stünden für ihn in der Tat die Themen Teilhabe, Diversität und neue Medien zentrale Bereiche dar. Besonders letztere befänden sich in einem rasanten Veränderungsprozess und solle breiter gefasst werden, vor allem mit Blick auf audiovisuelle Medien. Ausdrücklich unterstütze er das Einbeziehen externer Expert/innen. Den in der Vorlage skizzierte Weg werde er unterstützen.

Frau Pfister stimmt Herrn Pouplier grundsätzlich zu und antwortet, dass die Projektförderung selbstverständlich auch für die Off-Szene offen stünde. Mit Blick auf die angesprochenen geflüchteten Künstlerinnen und Künstler stelle sich oft das Problem der Erreichbarkeit. Hier sehe sie aber auch BBK und Gedok gefordert. Zudem verwies Frau Pfister auf das Projekt „Immigration Office“.

Frau Dr. Greve erläutert, dass es nicht selbstverständlich sei, dass sich die Museen dem Feld der zeitgenössischen Kunst widmeten. Dies sei erst seit ca. Mitte der 1980er Jahre der Fall. Bremen sei hier vorbildlich, die Museen hätten in den letzten beiden Jahren Ausstellungen mit zeitgenössischer Kunst – und insbesondere auch junger Kunst – fest in ihren jeweiligen Ausstellungsstrategien verankert und würden regelmäßig mit Interventionen zeitgenössischer Kunst in den historischen Sammlungen arbeiten. Die Debatte über die Qualität zeitgenössischer Kunst werde in den Häusern geführt, denn es seien letztlich die Museen, die mit darüber entscheiden würden, welche Werke der zeitgenössischen Kunst der Nachwelt durch Aufnahme in den Sammlungsbestand dauerhaft erhalten blieben.

Auch im Bereich der kulturellen Bildung seien die Bremer Museen mit innovativen Formaten im Bundesvergleich sehr fortschrittlich. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Publikation „Ausstellen und Vermitteln im Museum der Gegenwart“ (2017) von Carmen Mörsch.

Zur Frage nach der Sammlung der Weserburg antwortet Frau Dr. Greve, dass das Haus nicht über eine Sammlung im eigentlichen Sinne, wohl aber über Einzelwerke verfüge, mit denen zusammen mit den Werken aus Privatsammlungen gearbeitet werde. Dadurch sei die Weserburg besonders flexibel für die thematische Arbeit im Feld Gegenwartskunst - zeitgenössische Kunst - aktuelle Kunst - Junge Kunst.

Herr Friese (Direktor der Weserburg) führt ergänzend aus, dass dem Museum ein kleiner Bestand von Exponaten zur Verfügung stünde, die mehrheitlich fest im Gebäude installiert seien.

Herr Michalik fragt nach, warum im Konzept die Drittmittelakquise als einzige bei der GAK erwähnt werde.

Herr Bolayela führt aus, dass viele Künstlerinnen und Künstler mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung Kontakt zu unterschiedlichen Kultureinrichtungen suchten. Er lobt in diesem Zusammenhang die Arbeit des Ressorts und bewertet die vorgelegte Konzeption als guten Ausgangspunkt, auch über Interkulturalität in der Kunst zu diskutieren.

Staatsrätin Emigholz erläutert, dass die Spartengespräche der weiteren Erörterung mit der freien Szene dienen sollen. Die Ergebnisse sollen auch in den bereits angesprochenen, geplanten Kulturförderbericht im Sommer 2018 einfließen. Die Deputierten seien herzlich zur Mitarbeit eingeladen. Geplant sei ein öffentliches Forum zum Abschluss des Diskurses, und selbstverständlich sollen auch externe Impulse einfließen.

Frau Pfister antwortet Herrn Michalik, dass alle im Bericht genannten Einrichtungen auf Drittmittelakquise angewiesen sein. Die GAK sei herausgehoben worden, da sie hier ein hohes Ansehen genieße. Zur Frage von Frau Dr. Kappert-Gonther nach dem Sachstand „Kunst am Bau“ führt Frau Pfister aus, dass die Arbeitsgruppe zur Erneuerung der RL Bau federführend von der Senatorin für Finanzen betreut werde.

Die Deputation nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **TOP 6: Kostenfreier Eintritt in Bremer Museen und Erwerb von Familienkarten**

Frau Dr. Kappert-Gonther erläutert zum Hintergrund der Anfrage ihrer Fraktion, dass sie aus anderen Städten Berichte erhalten habe, nach denen gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern Familienkarten verweigert worden seien. Sie freue sich sehr, dass dies bei den bremischen Museen kein Problem darstelle. Sie begrüßt die im Bericht genannten Aktivitäten der Museen und hebt die Kunsthalle hervor. Gleichwohl sei auf das Problem hinzuweisen, dass bei Museumsbesuchen von Schulklassen, für die kein Eintritt erhoben werde, es

für manche Schüler/innen schwierig sei, das nötige Fahrgeld für den ÖPNV aufzubringen. Frau Dr. Kappert-Gonther bittet zu diesem Problem um einen Bericht der Kulturbehörde.

Herr Rohmeyer verweist auf zurückliegende Anträge der CDU-Fraktion zu freiem Eintritt. Die jetzigen Modelle zu freiem Eintritt würden oft aus Drittmitteln finanziert, und dies sei auf Dauer nicht machbar. Er nennt als positives Beispiel die für Kinder und Jugendliche kostenfreie Bibcard der Stadtbibliothek, die auch aus dem Haushalt der Einrichtung finanziert werde. Es sei zu prüfen, ob in diesem Zusammenhang Fördermittel, etwa vom Bund oder der EU, beantragt werden könnten. Politisch sehe er in der Frage keinen Dissens zwischen den Fraktionen, wohl aber in der Umsetzung. Herr Rohmeyer regt daher zu den Haushaltsberatungen entsprechende Absprachen an.

Frau Dr. Greve erläutert, dass die Museen in sehr unterschiedlichem Maße auf Einnahmen aus Eintrittsgeldern angewiesen seien. Das Gerhard-Marcks-Haus habe eine bewusste strategische Entscheidung getroffen, in dem es Kindern und Jugendlichen freien Eintritt gewähre. Aufgrund sehr verschiedener Trägerschaften lägen derartige Entscheidungen im Ermessen der jeweiligen Häuser. Alle Museen würden im Angesicht der Haushaltslage große Anstrengungen unternehmen, um günstige Angebote an Kinder und Jugendliche zu machen. Inzwischen biete die Hälfte aller an den Senator für Kultur angebundener Museen freien Eintritt für diese Zielgruppe. Im Übrigen verweist Frau Dr. Greve auf die Antwort der Kulturbehörde auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der Sache (Drs. 19/358). Diese führe etliche kostenlose Angebote in den Bremer Museen für Kinder, Jugendliche und Familien auf; bei den beim Senator für Kultur angebotenen Häusern betrage der Eintritt für Kinder im Durchschnitt zwei Euro, dies sei ein sehr moderater Preis im Vergleich zu museumsähnlichen Einrichtungen wie z.B. Klimahaus oder Auswandererhaus.

Staatsrätin Emigholz erklärt, dass Kooperationen, um Eintrittsfreiheit zu ermöglichen, immer wünschenswert seien, sofern keine zusätzlichen Kosten entstünden. Natürlich stünde es der Deputation frei, sich für ein Umsteuern zu entscheiden. Gleichwohl sei auf die großen Anstrengungen hinzuweisen, die bei der Förderung freier Künstlerinnen und Künstler in Bremen im Rahmen des Solidarpaktes Kultur unternommen würden. Staatsrätin Emigholz plädierte dafür, bis zum Ende der Legislaturperiode auf neue Finanzierungsmodelle zu verzichten, da freie Künstlerinnen und Künstler Rückhalt verdienten. Sie sehe den prioritären Handlungsbedarf derzeit nicht bei freiem Eintritt. Die Preisgestaltung des ÖPNV liege zudem nicht im Aufgabengebiet der Kulturbehörde.

Herr Bolayela betont, dass freier Eintritt koste, und er sehe dafür eingedenk der Haushaltslage keine Möglichkeit. Gleichwohl freue er sich, dass freier Eintritt für Kinder und Jugendliche in einigen Einrichtungen mit privater Unterstützung realisiert werden konnte. Zudem sei zu klären, wie die kostenfreien Angebote angenommen würden.

Frau Strunge nennt freien Eintritt für Kinder in Museen sinnvoll, es gelte daher, nach Möglichkeiten zur Ausweitung zu suchen. Sie verweist auf positive Erfahrungen in Großbritannien. Sie erkennt an, dass nicht nur ökonomische, sondern auch fehlender Bezug zur Kultur eine Hürde für den Besuch von Museen sei, diese gelte es auch abzubauen. Zudem gebe es ein neues Projekt zu freiem Eintritt in Frankfurt am Main, das ggf. zu prüfen sei.

Frau Dr. Greve antwortet, dass die Behörde Bundesentwicklungen immer im Blick habe, aber große Finanzierungs- und Abrechnungsunterschiede festzustellen seien, wenn man Modelle von städtischen Museen in anderen Städten mit der vielfältigen Trägerstruktur im Land Bremen vergleichen würde. Am Beispiel der Kulturkarte in Düsseldorf sei dies zuletzt im Detail geprüft und nachgerechnet worden. In Bremen würden derartige Modelle zu Mehrkosten führen.

Frau Dr. Kappert-Gonther fasst zusammen, dass alle Fraktionen freien Eintritt für Kinder in Museen sinnvoll fänden.

Die Deputation nimmt den Bericht zur Kenntnis.

### **TOP 7: Sachstandsbericht Zuckerwerk**

Frau Wargalla merkt an, dass der vorliegende Bericht den Verein Zuckerwerk als gewinnorientiert betrachtet. Dies sei falsch. Zudem fragt sie mit Blick auf den Bunker in Walle nach dem Stand der Bauvoranfrage und der geplanten Änderung des Bebauungsplans.

Herr Schlosser erläutert, dass das Kulturressort in diesem Fall nicht federführend sei. Nach seiner Darstellung handele es beim Clubbetrieb des Zuckerwerks um einen Wirtschaftsbetrieb zur Unterstützung der kreativwirtschaftlichen Aktivitäten des Vereins.

Herr Bolayela nennt den Verein einen kommerziellen Betrieb. Die aufgeworfenen Fragen seien in der Bau- oder Wirtschaftsdeputation besser aufgehoben. Er kritisiert, dass sich die Deputation jüngst zu oft mit Themen befasst habe, die nicht in die originäre Zuständigkeit fielen.

Frau Wargalla kündigt für ihre Fraktion eine Protokollerklärung an.

Herr Rohmeyer erklärt, dass die Frage nach der Gewinnorientierung des Vereins letztlich vom Finanzamt beantwortet werde. Er wirft zudem Herrn Bolayela einen verengten Kulturbegriff vor. Thema wie die Zukunft des Zuckerwerks dürfe man nicht nur der Wirtschaftsförderung überlassen.

Staatsrätin Emigholz erklärt, dass in den Fällen, wo kulturelle Aktivitäten stattfänden, diese natürlich in der Deputation diskutiert werden könnten. Die Einnahmesituation sei eine Angelegenheit des Vereinsrechts.

Herr Drechsel fragt nach den Umbaukosten und Herr Schlosser erklärt, diese seien in den Gesamtkosten von ca. 750.000 Euro enthalten.

Frau Strunge befürwortet einen weiten Kulturbegriff und erklärt, der zuständige Beirat habe die Zwischennutzung des Lankenauer Höfts durch das Zuckerwerk begrüßt.

Die Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke geben folgende **Protokollerklärung** ab: „Die Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen und die Linke sind nicht der Auffassung, dass es sich beim Verein Zuckerwerk e.V. um ein gewinnorientiertes Unternehmen handelt.“

Die Deputation nimmt den Bericht zur Kenntnis.

### **TOP 8: Arisierungsmahnmal**

Dr. Mackeben erläutert, dass nach den Beschlüssen der Koalition und des Beirats Mitte am kommenden Freitag eine Begehung der in Rede stehenden Örtlichkeiten mit der Künstlerin Angie Oettinghausen und Landeskonservator Dr. Skalecki geplant sei. Die Abstimmung mit dem Senator für Bau, Umwelt und Verkehr und dem Deichverband zum Hochwasserschutz habe ergeben, dass eine Realisierung beim Stufenbauwerk als unproblematisch, bei der historischen Schlachtemauer auf Grund der Statik als schwieriger eingestuft werde. Die zu erwartenden Kosten hingen vom konkreten Umsetzungsvorschlag ab. Eine Gegenüberstellung der Kosten sei auch für die Wirtschaftlichkeitsberechnung nötig.

Frau Dr. Kappert-Gonther betont, dass die Deputation heute nur einen Bericht zur Kenntnis nehme. Entscheidend sei die Begehung mit der Künstlerin, und hier bittet sie um einen entsprechenden Bericht über das Ergebnis.

Herr Rohmeyer betont, dass eine aus seiner Sicht unwürdige Debatte nun im Konsens ende. Dies sei mit Blick auf die Opfer, derer mit dem Mahnmal gedacht werden solle, entscheidend. Auch er hält einen Kostenvergleich für wichtig, zudem fragt er nach der Rolle des Landesbeirats für Kunst im öffentlichen Raum.

Frau Pfister erläutert, dass das Verfahren zur Findung des Kunstwerks aus kunstfachlicher Sicht in Ordnung gewesen sei und somit der Landesbeirat nicht habe befasst werden müsse.

Herr Rohmeyer fragt nach der inhaltlichen Begleitung des Mahnmals und erbittet hierzu einen Bericht.

Frau Strunge erklärt, die Kosten für eine Realisierung des Kunstwerks an der Kaimauer seien genau zu prüfen. Sie nennt das gesamte Verfahren kritikwürdig. Der Beirat Mitte habe nach dem Votum des Koalitionsausschusses keinen Handlungsspielraum mehr gehabt. Es sei für sie weiterhin unplausibel, warum eine Realisierung am Standort von Kühne und Nagel nicht möglich sei.

Frau Dr. Kappert-Gonther betont, heute läge ein Bericht zum Verfahren vor, nicht zur gesamten Erinnerungspolitik. Das Kunstwerk markiere den Anfang, nicht das Ende der erinnerungspolitischen Debatte. Diese müsse unter Einbeziehung der Wirtschaft weitergehen.

Die Deputation nimmt den Bericht zur Kenntnis.

### **TOP 9: Kulturbeutel e.V. (mündlicher Bericht)**

Staatsrätin Emigholz berichtet, dass die Initiative Kulturbeutel um Unterstützung bei der Flächensuche gebeten habe. Bei einer geplanten Fläche habe es Gespräche mit dem zuständigen Unternehmen gegeben. Der Senator für Wirtschaft habe zudem Flächen in der Nähe des Flughafens vorgeschlagen, hier stehe aber noch ein Lärmschutzgutachten aus, so dass der Beirat Neustadt noch keine Entscheidung fällen konnte. Der Beirat habe nach Vorlage des Gutachtens eine kurzfristige Befassung angekündigt.

Frau Wargalla lobt die Präsentation des Vereins Kulturbeutel vor dem zuständigen Ausschuss des Beirats Neustadt. Der Verein habe zugesagt, 2016 gemachte Fehler abzustellen. Der Beirat habe sich angetan gezeigt.

Frau Strunge begrüßt das kooperative Verhalten des Beirats und hofft auf ein positives Votum für den Kulturbeutel e.V. Immer wieder stünden Kulturakteure vor dem Problem, dass neue Formate zwar begrüßt würden, aber niemand diese in seiner unmittelbaren Umgebung wünsche.

Die Deputation nimmt den Bericht zur Kenntnis.

### **TOP 10: Verschiedenes**

Herr Crueger weist auf den Museumstag 2018 hin, der in Bremen stattfinden werde. Dies sei eine gute Visitenkarte sowohl für die Kulturlandschaft als auch für die gesamte Stadt.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Frau Strunge beendet damit die Sitzung der staatlichen Deputation für Kultur.

Frau Strunge beendet damit die Sitzung der städtischen Deputation für Kultur.



Sprecherin



Protokollführer

# Teilnehmerliste

Städtische Deputation für Kultur

19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019

Ort: Saal  
Konsul-Hackfeld-Haus

am: 16. Mai 2017

von: 14:47

bis: 17:15

Teilnehmer	Unterschrift*)	Teilnahme von - bis **)
Senator Dr. Carsten Sieling		
Staatsrätin Carmen Emigholz	<i>Carmen Emigholz</i>	
Elombo Bolayela	<i>Bolayela</i>	
Jens Crueger	<i>Jens Crueger</i>	
Ulf-Brün Drechsel	<i>Ulf-Brün Drechsel</i>	
Dr. Kirsten Kappert-Gonther	<i>K. Kappert-Gonther</i>	
Susanne Grobien	<i>S. Grobien</i>	
Dr. Robert Hodonyi	<i>R. Hodonyi</i>	
Martin Michalik	<i>Martin Michalik</i>	
Dieter Reinken	<i>Dieter Reinken</i>	
<i>Arno Gobbschell</i> Claas Rohmeyer	<i>Claas Rohmeyer</i>	
Sükrü Senkal	<i>Sükrü Senkal</i>	
Miriam Strunge	<i>M. Strunge</i>	

\*) Vertreter/in bitte den Namen in Druckschrift vermerken und mit „i.V.“ unterschreiben.  
\*\*) nur ausfüllen, wenn nicht an der gesamten Sitzung teilgenommen wurde.

Deputation für Kultur (städtisch)

Anwesenheitsliste  
Sitzung am 16.05.2017

19. Legislatur-Periode

Vertreter des Senators für Kultur

Name	Name	Name
Heica Späler	Thomas Frey	
Alexandre Albrecht		
Andreas Mader		
Christian Kindscher		

Vertreter anderer Behörden

Behörde	Name

Sachverständige, Gäste

Organisation	Name